

# 17. Entwicklung und Verteilung der Einkommen

Alois Guger  
Käthe Knittler

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

## Inhaltsverzeichnis

<b>17.1.</b>	<b>Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung</b> .....	<b>260</b>
17.1.1.	Die relative Entlohnung des Faktors Arbeit sinkt .....	261
17.1.2.	Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen steigt .....	262
<b>17.2.</b>	<b>Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung</b> .....	<b>264</b>
17.2.1.	Zunehmende Disparitäten innerhalb der Lohneinkommen .....	264
17.2.2.	Die Entwicklung der sektoralen Lohnunterschiede .....	267
17.2.3.	Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen .....	267
<b>17.3.</b>	<b>Die Entwicklung der sekundären Verteilung</b> .....	<b>270</b>
17.3.1.	Lohnsteuer dämpft das Aufgehen der Einkommensschere .....	270
17.3.2.	Sozialstaat reduziert Ungleichheit der Nettohaushaltseinkommen .....	271

## 17. Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen

Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen bilden sowohl einen wichtigen Wohlfahrtsindikator als auch eine grundlegende Determinante der Wirtschaftsentwicklung. Stagnierende Einkommen und zunehmende Ungleichheit in ihrer Verteilung dämpfen die Konsumnachfrage und damit Kapazitätsauslastung und Produktion sowie in der Folge die Beschäftigung.

Die letzten drei Jahrzehnte waren in den europäischen Industriestaaten durch mehrere Trends gekennzeichnet, die sich gegenseitig stützten und teilweise verstärkten: Schwaches Produktions- und Einkommenswachstum ging einher mit hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Die Verteilung des Volkseinkommens verschob sich anhaltend – und im letzten Jahrzehnt beschleunigt – von den Lohn-einkommen zu den Gewinn- und Vermögenserträgen, gleichzeitig nahmen die Einkommensdisparitäten zu.

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt dargestellt. Der erste Teil befasst sich mit der funktionellen Verteilung, der Aufteilung der Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital und der Einkommensentwicklung. Die Analyse basiert auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem ESVG 95. Diese Daten stehen global ab 1976 zur Verfügung. Allerdings werden die Nichtlohneinkommen – also Gewinne und Vermögenserträge – nach dem ESVG 95 nicht mehr nach Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Selbständiger Tätigkeit und nach Vermögenserträgen aus Vermietung und Verpachtung, Dividenden und Zinserträgen aufgliedert.

Der zweite Teil befasst sich zum einen mit der Verteilung der Einkommen nach Personen und Haushalten und zum anderen mit Lohndifferenzialen nach Branchen, Geschlecht und sozialer Stellung.

### 17.1. Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte war im Gefolge einer Beschleunigung der Internationalisierung und der technologischen Erneuerung durch eine Intensivierung des Wettbewerbs und durch eine Abschwächung des Wachstumstrends gekennzeichnet. Beide Faktoren schlugen sich in einer stetigen Zunahme der Arbeitslosigkeit nieder. Das Produktionswachstum reichte nicht, um für das steigende Arbeitskräfteangebot genug Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Überangebot an Arbeitskräften dämpfte die Entlohnung des Faktors Arbeit nachhaltig und senkte zusammen mit der Verbilligung des importierten Vorprodukteinsatzes, der zum Teil mit einer Substitution gering qualifizierter Arbeitskräfte einhergeht, den Lohnanteil am Volkseinkommen.

Das Volkseinkommen<sup>35</sup>, das aus den gesamten im Produktionsprozess erwirtschafteten Faktoreinkommen, wie den Arbeitsentgelten (Löhne, Gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) und den Gewinn- und Vermögenserträgen besteht, wuchs seit Mitte der neunziger Jahre (1996 bis 2006) jährlich um 3,6%.

Die Arbeitnehmerentgelte nahmen in diesem Zeitraum mit 2,8% um 0,8 Prozentpunkte pro Jahr schwächer zu. In den zwei Jahrzehnten davor waren die Lohneinkommen jährlich um rund drei Zehntel Prozentpunkte langsamer gewachsen als das Volkseinkommen. Vor allem seit Beginn dieses Jahrzehnts hat sich der Umverteilungsprozess von den Lohn- zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen stark beschleunigt. Zwischen 1996 und 2001 entwickelte sich das Volkseinkommen fast ident mit den Arbeitsentgelten (+2,8%), seither stieg die Differenz auf +1,5 Prozentpunkte, das Volkseinkommen nahm zwischen 2001 und 2006 pro Jahr um 4,3% zu, die Entlohnung der ArbeitnehmerInnen aber nur um 2,8% (siehe umseitige Tabelle).

Deutlich dynamischer als die Lohneinkommen entwickelten sich die übrigen Bestandteile der Wertschöpfung, die sich aus Unternehmenseinkünften (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, freiberuflicher und selbständiger Tätigkeit) und Vermögenserträgen (Mieten, Pacht, Zinsen und Dividenden) zusammensetzen. Diese Nichtlohneinkommen sind im ESVG 95 nicht mehr einzeln aus-

35. Das Volkseinkommen wird seit der Umstellung der offiziellen Statistik auf das ESVG 95 von Statistik Österreich nicht mehr publiziert und daher vom WIFO in einer mit der Vergangenheit vergleichbaren Form berechnet.

## Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte

	1996 - 2006	1996 - 2001	2001 - 2006	2004	2005	2006	2007
	Ø Zuwachs pro Jahr in Prozent			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent			
<b>Volkseinkommen</b>							
Gesamt	3,6	2,8	4,3	4,7	5,2	4,9	4,8
je EinwohnerIn	3,2	2,6	3,7	4,0	4,4	4,3	4,4
<b>Arbeitnehmerentgelte</b>							
Gesamt	2,8	2,8	2,8	2,0	3,6	4,7	4,3
je unselbständig Beschäftigte	2,1	2,0	2,2	1,3	2,6	3,0	2,2
<b>Unternehmens- und Vermögenserträge</b>							
Gesamt	5,4	2,9	7,9	11,1	8,5	5,4	5,8
je EinwohnerIn	2,4	2,6	2,2	1,2	2,9	4,1	3,9
<b>Nettolöhne und -gehälter</b>							
je unselbständig Beschäftigte, nominell	1,9	1,5	2,3	1,8	3,0	3,1	2,1
je unselbständig Beschäftigte, real	0,4	0,1	0,6	-0,1	0,7	1,3	0,0
<b>Verfügbare persönliche Einkommen der Haushalte<sup>1</sup></b>							
je EinwohnerIn, nominell	2,8	2,6	2,9	3,1	3,6	3,7	4,0
je Haushalt, nominell	2,3	2,0	2,6	2,8	3,2	3,3	
je EinwohnerIn, real	1,3	1,2	1,3	1,2	1,8	2,1	1,9
je Haushalt, real	0,8	0,6	1,0	0,9	1,5	1,7	
Konsumpreisdeflator	1,5	1,4	1,6	2,0	2,2	1,8	2,1

Quelle: Statistik Austria, ESVG 95, Konsumerhebung, WIFO-Berechnungen

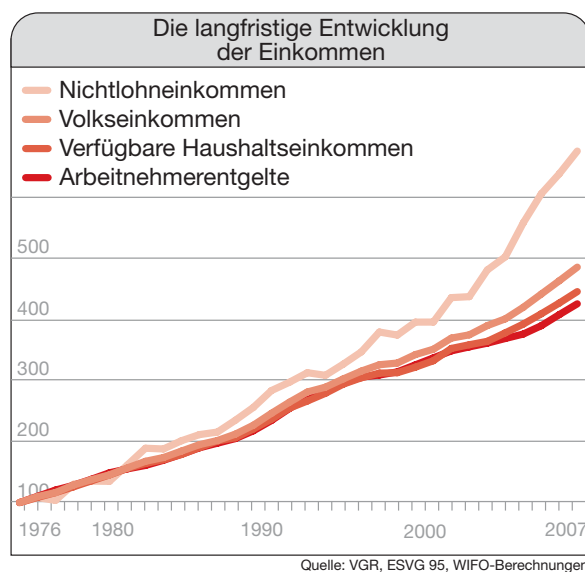
1) Stand: 30.06.2008 (vor VGR-Umstellung).

gewiesen und stehen nur mehr pauschal zur Verfügung. Sie nahmen im letzten Jahrzehnt um 5,4% (Arbeitsentgelte 2,8%) pro Jahr zu; vor allem seit 2001 hat sich ihr Zuwachs deutlich beschleunigt: +7,9% pro Jahr, während das Wachstum der Arbeitsentgelte auf dem gleichen Niveau (2,8%) verharrete.

Insgesamt nahmen über die letzten drei Jahrzehnte die Nichtlohneinkommen um 578% zu, während sich die Lohneinkommen mit +327% und die verfügbaren persönlichen Einkommen mit +347% viel schwächer entwickelten (siehe Grafik links).

### 17.1.1. Die relative Entlohnung des Faktors Arbeit sinkt

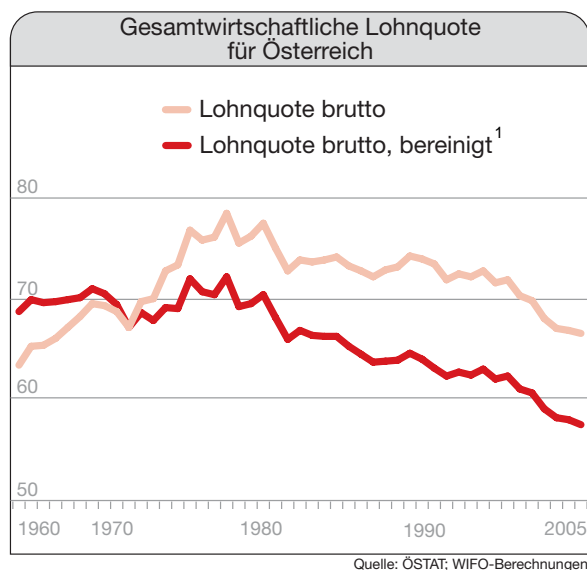
Diese Verschiebung der funktionellen Einkommensverteilung von den Lohn- zu den Unternehmens- und Vermögenserträgen findet in der Lohnquote ihren deutlichen Niederschlag. Bereinigt um die Abnahme des Selbständigenanteils an der Beschäftigung war die Lohnquote, der Lohnanteil am Volkseinkommen, in den sechziger und siebziger Jahren bemerkenswert stabil. Seit den späten siebziger Jahren unterliegt die Lohnquote bereinigt<sup>36</sup> und unbereinigt einem fallenden Trend. Die unbereinigte Lohnquote ist in den gut zwei Jahrzehnten zwischen 1978 und 2001 von 78,7%, ihrem höchsten Wert, um fast 7 Prozentpunkte auf 72 gesunken. Seither hat sich dieser Rückgang noch beschleunigt, bis 2007 ging der Lohnanteil



36. Zu Strukturveränderungen und Problemen der Lohnquotenanalysen vgl. Chaloupek et al. (2008), S. 37ff.

am Volkseinkommen auf 66,6%, also in 6 Jahren um weitere 5,5 Prozentpunkte zurück.

### Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens



<sup>1)</sup> Bereinigt um die Veränderung der Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

Die Ursachen für diese Umverteilung zulasten der Unselbständigen sind vielfältig: Die Wachstumsverlangsamung nach den beiden Erdölkrisen der siebziger Jahre ging mit einer anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit einher. Die Arbeitsmarktlage ist eine entscheidende Variable für die Entwicklung der Lohnquote. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, weil Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen, sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich verlieren die Gewerkschaften an Einfluss auf die Lohnentwicklung, die Lohnerhöhungen bleiben hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt verringert die Lohnquote um gut einen Prozentpunkt (vgl. Marterbauer–Walterskirchen, 2003). Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederungen, verstärktem Einsatz von Leiharbeit und die rasche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie atypischer Beschäftigungsformen drücken ebenfalls auf die Lohnentwicklung. Die Beschäftigungszuwächse finden selbst bei guter Entwicklung der Güternachfrage in geringerem Ausmaß in der Sachgütererzeugung statt, sondern vor allem in der Kategorie der Rechts- und Wirtschaftsdienste, die auch den Bereich der Leiharbeit umfasst.

Die durchschnittlichen Stundenlöhne unterscheiden sich zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor merklich. Lohndämpfend wirken auch neue Arbeitszeitmodelle, die über die Einführung von

Zeitkonten oder Durchrechnungszeiträumen die Überstundenzahlungen deutlich verringern. Darüber hinaus explodierten gleichsam die Vermögenserträge im Gefolge der Hausse auf den Finanzmärkten in den achtziger und neunziger Jahren. Außerdem profitieren die Unternehmen im Zuge der Globalisierung von den niedrigeren Preisen der Vorleistungen aus China, Osteuropa usw., wenn sie diese Kostenvorteile zumindest im Inland nicht vollständig in niedrigeren Preisen weitergeben.

Gewinne und Vermögenseinkommen profitieren in den hoch entwickelten Ländern stark vom Prozess der Globalisierung. In Österreich ist dieser Effekt wegen der engen Verflechtung mit den mitteleuropäischen Ländern noch markanter ausgeprägt als in den anderen Industrieländern (Breuss, 2007). Der Rückgang der Lohnquote erfolgte in Österreich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich rascher als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern.

### 17.1.2. Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmerinkommen steigt

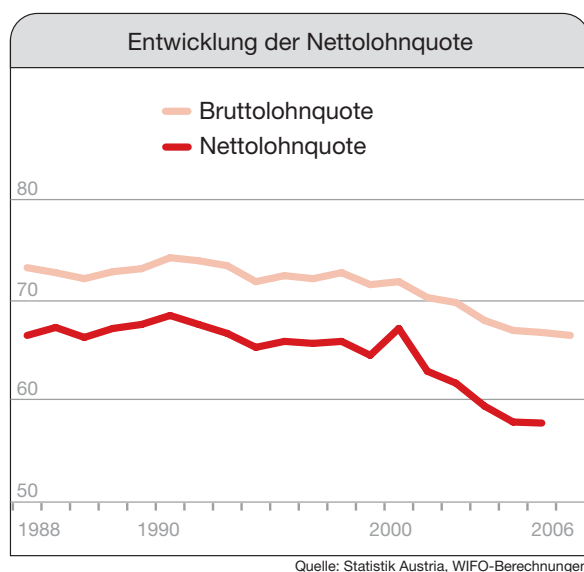
Die ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat nicht nur die primäre Verteilung der Markteinkommen verschoben, sondern auch die Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren verändert. Die oben dargestellte Bruttolohnquote misst die funktionelle Primärverteilung, die sich über den Markt ohne staatliche Umverteilung ergibt. Aus der Relation zwischen der Nettolohn- und -gehaltssumme – also nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer – und dem Volkseinkommen nach Abzug aller direkten Steuern – der veranlagten Einkommens- und der Körperschaftssteuer – sowie aller Sozialabgaben auf die Faktoreinkommen ergibt sich die Nettolohnquote. Sie gibt an, wie sich das Nettovolkseinkommen nach Abgaben und Steuerleistung aus funktionaler Sicht auf die Faktoren Arbeit und Kapital verteilt. Sind Brutto- und Nettolohnquote gleich hoch, so ist die steuerliche Belastung auf die beiden Faktoren gleichmäßig verteilt. Ist hingegen die Nettolohnquote niedriger als die Bruttolohnquote, so wird der Faktor Arbeit stärker mit Abgaben belastet als der Faktor Kapital bzw. die Gewinn- und Vermögenseinkommen.

Die Entwicklung der Differenz zwischen diesen beiden Quoten spiegelt zum einem die Wirkung von Steuerreformen wider, zum anderen machen sich konjunkturelle Effekte bemerkbar, da sich die einzelnen Einkunftsarten im Konjunkturverlauf unterschiedlich dynamisch entwickeln und sich die Steu-

ern hinsichtlich ihres Progressionsgrades unterscheiden.

Nach den im Rahmen des ESVG 95 vorliegenden Informationen kann die Nettolohnquote ab 1988 in vergleichbarer Form berechnet werden. Bei einer Bruttolohnquote von 73,4% im Jahr 1988 belief sich die Nettolohnquote auf 66,6%. Die Abgabenbelastung der Lohneinkommen war damit deutlich höher als jene der übrigen Faktoreinkommen: Nach Abzug aller direkten Abgaben von den Faktoreinkommen war damit der Lohnanteil am Volkseinkommen um fast 7 Prozentpunkte niedriger als in der Bruttorechnung. Abgesehen von kurzen Unterbrechungen im Gefolge von Steuerreformen hat sich seither die Abgabenlast weiter zu den Lohneinkommen verschoben. Bis 2006 sank die Nettolohnquote in Österreich auf 57,8% des Netto-Volkseinkommens ab und war damit um gut 9 Prozentpunkte niedriger als die Bruttolohnquote (66,9%).

#### Nettolohn- und Gehaltssumme in % des Nettovolkseinkommens



Wird der Gesamtzeitraum der letzten zwanzig Jahre betrachtet, so hat sich der Abstand zwischen Brutto- und Nettolohnquote kontinuierlich vergrößert. Im Jahr 1989, ein Jahr nach der Tarifreform, die zu steuerlichen Entlastung der Lohneinkommen geführt hat, betrug der Unterschied zwischen beiden Quoten 5,5 Prozentpunkte (Lehner, 1988). In den Folgejahren ist die relative steuerliche Belastung der Lohneinkommen wieder gestiegen. Die Steuerreform 1995 brachte nur einen leichten, aber keinen nachhaltigen Effekt auf die relative Steuerentlastung der Lohneinkommen. Besonders auffällig ist die Wirkung der Steuerreform

2000, wobei der starke Anstieg der Nettolohnquote und der dementsprechend starke Rückgang der Nettogewinnquote im Jahr 2001 vor allem auf die Einführung der Anspruchsverzinsung zurückzuführen ist. Wird dieser Einmaleffekt nicht berücksichtigt, so ist ein weiterer Rückgang der Nettolohnquote zu bemerken. Im Zuge der Steuerreform wurden Lohn- und Kapitaleinkommen entlastet, die Entlastung fiel aber auf Seiten der Kapitaleinkommen deutlich stärker aus als jene der Lohneinkommen, daher ist der Abstand zwischen Brutto- und Nettolohnquote weiter angewachsen.

Diese Umverteilung in den Markteinkommen und in der Steuerbelastung kommt auch in einer sehr moderaten Entwicklung der realen Nettolohneinkommen zum Ausdruck, die schließlich die Konsumnachfrage und damit das gesamtwirtschaftliche Wachstum dämpfte.

Das Wachstum der Nettolohneinkommen je ArbeitnehmerIn (laut VGR) hat sich im letzten Jahrzehnt gegenüber dem Jahrzehnt davor real fast halbiert. Sie nahmen zwischen 1996 und 2006 nur um 0,4% pro Jahr zu, nachdem sie im Jahrzehnt davor noch jährlich um 0,7% zugelegt hatten. Obwohl sich die Gewinn- und Vermögenseinkommen deutlich dynamischer entwickelten, blieb auch der Zuwachs der verfügbaren Haushaltseinkommen moderat. Die real verfügbaren persönlichen Einkommen je Haushalt nahmen von Mitte der neunziger Jahre bis zur Mitte dieses Jahrzehnts jährlich um 0,8% zu, im Jahrzehnt davor um 1,2% (siehe Tabelle: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte, oben). Eine Ursache für die schwache Entwicklung der real verfügbaren Einkommen liegt auch in der moderaten Zunahme der öffentlichen Transferleistungen; schließlich blieb die Anpassung der Pensionen, auf die drei Viertel aller monetären Transfers entfallen, seit den frühen neunziger Jahren merklich hinter der Inflationsrate zurück.

Insgesamt hat sich in den letzten drei Jahrzehnten im Gefolge der Globalisierung und der Wachstumsschwäche, die mit zunehmender Arbeitslosigkeit verbunden war, die funktionelle Verteilung deutlich von den Lohn- zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen verschoben. Da parallel dazu die Arbeitseinkommen stärker zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte herangezogen wurden, blieb das Wachstum der Nettoealeinkommen äußerst moderat. Eine Entwicklung, die über eine schwache Konsumnachfrage auch das Wirtschaftswachstum dämpfte.

### 17.2. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung

Die Entwicklung der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten ist nicht nur eine Umverteilung von den Lohneinkommen zu den Einkünften aus Besitz und Unternehmertätigkeit gekennzeichnet, sondern auch durch eine Zunahme der Einkommensdisparitäten innerhalb der Lohneinkommen.

Für die längerfristige Analyse der Einkommensverteilung der unselbständig Beschäftigten stehen zwei Datenquellen zur Verfügung, die jeweils mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen verbunden sind. Die Beitragsstatistik des Hauptverbandes des österreichischen Sozialversicherungsträger bietet den Vorteil der langfristigen Vergleichbarkeit (nur zwei kleinere Datenbrüche), hat aber den großen Nachteil, dass die Ränder der Einkommensverteilung – Einkommen unterhalb der geringfügigkeitsgrenze (2008: 349 EUR) und oberhalb der Höchstbeitragsgrundlage (2008: 3.930 EUR) – nicht erfasst werden. Die Lohnsteuerstatistik erfasst die gesamte Einkommensspanne, inkludiert also auch die sehr niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen. Die im Jahr 1994 eingeführte Arbeitnehmerveranlagung führt aber zu einem Datenbruch, sodass die Daten davor und danach nicht direkt vergleichbar sind.

Als Verteilungsmaße werden der Gini-Koeffizient und die Entwicklung der Einkommensanteile nach Quintilen herangezogen. Ein Gini-Koeffizient von Null entspricht einer vollständigen Gleichverteilung der Einkommen, je mehr er sich dem Wert 1 nähert umso ungleicher wird die Verteilung. Bei der Quintilsberechnung liegt eine Gleichverteilung vor, wenn jedes Quintil (Fünftel der EinkommensbezieherInnen) genau 20% verdient, liegt der Wert darunter (darüber), so verdient das entsprechende Quintil unterdurchschnittlich (überdurchschnittlich).

#### 17.2.1. Zunehmende Disparitäten innerhalb der Lohneinkommen

Nach einer Nivellierung in der Phase der Vollbeschäftigung der frühen siebziger Jahre wurde in den letzten drei Jahrzehnten die Verteilung der Lohneinkommen tendenziell ungleicher. Dieser Trend geht sowohl aus den Daten der Lohnsteuerstatistik als auch aus jenen des Hauptverbandes der Sozialversicherung hervor.

Auf Grundlage der Beitragsstatistik des Hauptverbandes erweist sich die Verteilung der Lohneinkommen in den frühen neunziger Jahren und zu Beginn dieses Jahrzehnts (2000 bis 2003) als ziemlich stabil, in der zweiten Hälfte der achtziger, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und seit 2003 kam es zu einer Entnivellierung der Lohneinkommen<sup>37</sup>. Der Anstieg des Gini-Koeffizienten für alle unselbständig Beschäftigten mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten – um 5%, von 0,302 auf 0,317 in den neunziger Jahren und um schwach 3% (von 0,311 auf 0,320) seit 2000 – ist vor allem auf die Einkommenszugewinne im obersten Quintil und Verlusten in den beiden untersten zurückzuführen. Der Einkommensanteil des obersten Einkommensfünftels der unselbständig Beschäftigten erhöhte sich unter Berücksichtigung des Datenbruchs von gut 38% Anfang der neunziger Jahre bis zur Mitte dieses Jahrzehnts um gut 3 Prozentpunkte. Das unterste Quintil verlor im selben Zeitraum rund einen halben Prozentpunkt und hatte 2006 einen Einkommensanteil von gut 7%.

Aus der Höhe der Entwicklung des Gini-Maßes geht hervor, dass die Löhne der ArbeiterInnen deutlich weniger streuen als die Gehälter der Angestellten. Mit einem Wert von 0,334 lag der Gini-Koeffizient der Gehälter der Angestellten zuletzt im Jahr 2006 um über ein Drittel über dem der ArbeiterInnenlöhne von 0,243. Die tatsächliche Streuung der Gehälter ist allerdings deutlich größer, da die Angestellten von der Höchstbeitragsgrundlage als Einkommensobergrenze viel stärker betroffen sind als die ArbeiterInnen. Auch in der Entwicklung seit Beginn der neunziger Jahre blieb die Verteilung der Löhne merklich stabiler als die Verteilung der Gehälter.

Die Lohnsteuerstatistik, die sowohl die hohen Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage als auch die niedrigen Einkommen besser erfasst als die Beitragsstatistik, aber erst seit 1994 vollständig vergleichbare Daten ausweist, zeigt seit Mitte der neunziger Jahre eine fast kontinuierliche Zunahme der Ungleichheit an, die sich nur in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts abschwächte, aber seit 2005 wieder verstärkt. Die 60% mit den niedrigsten Einkommen haben seit Mitte der neunziger Jahre vor allem zugunsten des obersten Quintils Einkommensanteile verloren. Zuletzt entfielen 2006 auf die 20% mit den niedrigsten Einkommen 2,2% der

37. Die letzten beiden Jahre, 2005 und 2006, sind allerdings nur bedingt vergleichbar, da die Zahl der Lohnstufen in beiden Jahren vergrößert wurde.

## Entwicklung der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Lohneinkommen

Unselbständig Beschäftigte ohne pragmatisierte Beamte												
	Ø 1987	Ø 1990	Ø 1995	Ø 1996	Ø 2000	Ø 2000 <sup>1)</sup>	Ø 2001	Ø 2002	Ø 2003	Ø 2004	Ø 2005 <sup>2)</sup>	Ø 2006 <sup>3)</sup>
Einkommensanteil in %												
1. Quintil	7,4	7,3	7,3	7,3	7,1	7,4	7,4	7,3	7,2	7,1	6,4	7,2
2. Quintil	13,9	13,7	13,6	13,5	13,3	13,4	13,5	13,4	13,4	13,2	11,7	12,0
3. Quintil	18,1	17,9	17,7	17,8	17,6	17,5	17,6	17,5	17,6	17,4	17,0	16,6
4. Quintil	23,1	23,0	22,6	22,5	22,4	22,3	22,4	22,3	22,5	22,3	24,4	23,5
5. Quintil	37,6	38,2	38,7	38,9	39,6	39,3	39,1	39,5	39,3	40,1	40,5	40,7
Gini-Koeffizient												
Gesamt	0,296	0,302	0,306	0,309	0,317	0,311	0,310	0,313	0,312	0,320	0,323	0,319
Arbeiter	0,247	0,252	0,244	0,245	0,250	0,242	0,243	0,244	0,244	0,246	0,248	0,243
Angestellte	0,312	0,316	0,318	0,323	0,329	0,326	0,323	0,325	0,326	0,335	0,337	0,334

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Bericht über die soziale Lage, Wien 1982, 1987; WIFO-Berechnungen.

- 1) Umstellung auf Jahreserhebung mit Sonderzahlungen.
- 2) Änderung der Lohnstufenbreite in Zusammenhang mit der Euro-Umstellung.
- 3) Ausdehnung auf 60 Lohnstufen.

## Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen

	Gini-Koeffizienten									
	1995	1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Lohnsteuerpflichtige	0,431	0,433	0,445	0,448	0,442	0,443	0,445	0,447	0,451	0,452
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,345	0,350	0,360	0,367	0,354	0,355	0,356	0,358	0,362	0,365
Arbeitnehmer	0,410	0,414	0,429	0,433	0,429	0,432	0,436	0,437	0,441	0,443
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,302	0,303	0,313	0,320	0,310	0,312	0,311	0,312	0,316	0,319
Ohne Bezüge gem. §67 Abs. 3 bis 8	0,293	0,293	0,299	0,302	0,302	0,304	0,303	0,304	0,309	0,312
Arbeitnehmer gesamt	Einkommensanteile in %									
1. Quintil	2,9	2,8	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
2. Quintil	10,9	10,8	10,3	10,2	10,0	9,9	9,7	9,7	9,5	9,5
3. Quintil	17,7	17,6	17,5	17,4	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,1
4. Quintil	24,1	24,1	24,0	24,2	24,3	24,4	24,5	24,5	24,5	24,5
5. Quintil	44,4	44,7	45,5	45,7	45,8	45,9	46,1	46,2	46,5	46,7

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

Bruttobezüge und auf die 20% mit den höchsten Lohneinkommen 46,7%.

Der Ginikoeffizient ist seit 1995 sowohl für alle LohnsteuerbezieherInnen – also ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen – als auch für ArbeitnehmerInnen alleine im Großen und Ganzen kontinuierlich gestiegen. Diese Zunahme in der Ungleichheit der lohnsteuerpflichtigen Einkommen geht zum Großteil auf strukturelle Änderungen, auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung und auf institutionelle Gründe (wie Änderungen in der Besteuerung von Abfertigungen) zurück: So stieg der Gini-Koeffizient für alle ArbeitnehmerInnen von 0,410 im

Jahr 1995 auf 0,443 im Jahr 2006, also um 8%. Der Ginikoeffizient für Männer mit ganzjähriger Beschäftigung, für die Teilzeitbeschäftigung eine geringe Rolle spielt, nahm im gleichen Zeitraum um 5,6% zu und betrug zuletzt 0,319.

In der Vergangenheit gingen konjunkturelle Aufschwünge mit starkem Beschäftigungswachstum in der Regel mit einer Nivellierung der Lohneinkommen einher. Im letzten Jahrzehnt zeigt sich eine gegenteilige Entwicklung: In den späten neunziger Jahren und seit 2004 vergrößerte sich die Ungleichheit in den Lohneinkommen trotz hohen Wirtschaftswachstums, in den Jahren 2001 bis 2003

mit sehr moderatem Wachstum war der Trend steigender Ungleichheit stark gedämpft. Gründe für diese Entwicklung dürften in einem Überangebot an geringqualifizierten Arbeitskräften bei gleichzeitigem Mangel an hochqualifiziertem Arbeitskräfteangebot zu finden sein. Während in der Vergangenheit vermehrter Maschineneinsatz mit größerer

Nachfrage nach geringqualifizierter Arbeit einhergehend, erfordert heute der technologische Fortschritt ("skill-biased technical progress") vermehrten Einsatz hochqualifizierter Arbeit (Acemoglu, 2002). Empirische Untersuchungen für Deutschland (Ochsen - Welsch, 2005) haben gezeigt, dass Geringqualifizierte relativ leicht durch andere Fak-

### Mittlere Einkommen der unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE) 1996 und 2006

	1996	Gesamt = 100	2006	Gesamt = 100
	In EUR		In EUR	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	1.180	69,8	1.285	62,5
Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	2.397	141,8	2.838	138,0
Herstellung von Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken; Tabakverarbeitung	1.596	94,4	1.833	89,1
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	1.344	79,5	1.798	87,4
Ledererzeugung- und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	1.258	74,4	1.552	75,4
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	1.612	95,4	2.096	101,9
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe, Verlagswesen, Druckerei und Vervielfältigung	2.209	130,7	2.776	135,0
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt-, Brutstoffe	3.260	192,8	4.363	212,1
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	2.219	131,2	2.891	140,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1.851	109,5	2.343	113,9
Herstellung von Waren aus Glas, Steinen und Erden	2.008	118,8	2.536	123,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.012	119,0	2.592	126,0
Maschinenbau	2.100	124,3	2.770	134,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2.094	123,9	2.722	132,3
Fahrzeugbau	2.146	127,0	2.711	131,8
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonst. Erzeugnissen; Rückgewinnung (Recycling)	1.553	91,9	1.956	95,1
Energie- und Wasserversorgung	2.834	167,7	3.467	168,5
Bauwesen	1.865	110,3	2.283	111,0
Handel; Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern	1.520	89,9	1.817	88,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.171	69,3	1.417	68,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.639	97,0	2.093	101,8
Kredit- und Versicherungswesen	2.361	139,7	3.036	147,6
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, unternehmensbez. Dienstleistungen	1.441	85,2	1.894	92,1
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	1.662	98,3	2.138	103,9
Unterrichtswesen	1.316	77,9	1.927	93,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.523	90,1	1.701	82,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1.346	79,6	1.635	79,5
Private Haushalte	727	43,0	990	48,1
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.125	125,7	2.429	118,1
<b>Gesamt</b>	<b>1.690</b>	<b>100,0</b>	<b>2.057</b>	<b>100,0</b>
Variationskoeffizient	29,2		30,4	

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen.

toren (Vorprodukte, Kapital, Qualifizierte), Hochqualifizierte jedoch kaum durch Geringqualifizierte, Kapital oder Vorprodukte substituiert werden können. Der Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte erweist sich vielmehr weitgehend komplementär zum Einsatz der übrigen Faktoren.

### 17.2.2. Die Entwicklung der sektoralen Lohnunterschiede

Die Einkommenssituation in Österreich differiert sehr stark nach Branchen. Die meisten Branchen der Sachgüterindustrie und -verarbeitung liegen deutlich über dem Medianeinkommen, die meisten Dienstleistungsbranchen deutlich darunter. In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Lohnunterschiede mit Ausnahme der frühen neunziger Jahre deutlich erhöht. Auch im letzten Jahrzehnt stieg die Streuung der Medianeinkommen zwischen den Wirtschaftsklassen um über einen Prozentpunkt. Das mittlere Einkommen in der Mineralölindustrie liegt 2006 bei 4.363 EUR und ist damit mehr als dreimal so hoch wie im Tourismus (1.417 EUR). Im Vergleich zu zehn Jahren davor sind die Bruttoeinkommen der Mineralölindustrie um 33,8%, jene im Tourismus hingegen nur um 21% gestiegen.

Das mittlere Monatseinkommen in der Gesamtwirtschaft betrug im Jahr 2006 inklusive Sonderzahlungen 2.057 EUR brutto. Neben der Mineralölverarbeitung zählen auch die Energie- und Wasserversorgung und der Bergbau sowie die in der Exportwirtschaft erfolgreichen Industrien (Chemie- und Papierindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbauindustrie sowie die Metall- und Elektroindustrie) zu den Hochlohnbranchen. Das Kredit- und Versicherungswesen ist mit einem mittleren Einkommen von 3.036 EUR als einzige Dienstleistungsbranche im Hochlohnsegment angesiedelt. Charakteristisch für die Branchen im oberen Einkommensbereich ist eine hoch qualifizierte Beschäftigungsstruktur, eine überdurchschnittliche Kapitalintensität und Betriebsgröße, weiters liegt meist ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad vor und sie sind männlich dominiert (Guger – Marterbauer, 2007).

Die Einkommen der Holzverarbeitenden Industrie, der öffentlichen Verwaltung sowie im Verkehrs- und Nachrichtenwesen entsprechen ziemlich genau dem Medianeinkommen. Die Branchen mit Einkommen deutlich unter dem Medianeinkommen sind meist durch einen hohen Anteil weiblicher Beschäftigter und geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gekennzeichnet. So bleiben die Einkommen der meisten Dienstleistungsbranchen

deutlich unter dem Durchschnitt. Die mittleren Einkommen in den Bereichen Tourismus, Handel, öffentliche und persönliche Dienstleistungen sowie im Gesundheits- und Sozialwesen bewegen sich zwischen 1.417 EUR und 1.817 EUR monatlich. Aus dem Bereich der Sachgüterindustrie finden sich die Lederindustrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie am unteren Ende der Einkommensklassen (1.552 EUR bzw. 1.798 EUR). Innerhalb der letzten zehn Jahre konnten die Branchen mit hohen Löhnen stärkere Einkommenszuwächse verzeichnen als die Niedriglohnbranchen, sodass die Lohndifferenziale zwischen den Branchen weiter zugenommen haben.

### 17.2.3. Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

Die Einkommen der Frauen betragen im Durchschnitt 67% der Männereinkommen – oder anders formuliert – Frauen verdienen um ein Drittel weniger als Männer. Diese Berechnungen beziehen sich auf das Medianeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen auf Basis der Sozialversicherungsstatistik. Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede werden hierbei unterschätzt, da Einkommen unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze, die überwiegend von Frauen bezogen werden sowie Einkommen oberhalb der Höchstbemessungsgrundlage, die hingegen überwiegend von Männern bezogen werden, nicht erfasst sind.

Im Laufe der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre verringerte sich die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern von 35,1% (1980) auf 30,4% im Jahr 1994. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging die Einkommensschere wieder auf und stagniert seither im Großen und Ganzen. In den niedrigen Einkommensgruppen mit geringerer Qualifikation bzw. hohem Teilzeitanteil der Frauen kommt diesen geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieden viel größere Bedeutung zu als in den oberen Einkommensgruppen. Erst seit 2004 hat sich diese Tendenz leicht gedreht aber nichts an der grundlegenden Verteilung geändert: Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind im untersten Einkommensviertel (39,4%) fast 10 Prozentpunkte größer als im dritten Quartil (30,9%). Die Hauptgrund liegt in der unterschiedlichen Arbeitszeit und den dadurch bedingten geringeren Karrierechancen, aber auch die Bedeutung der Qualifikation für die Einkommensverteilung findet darin ihren Niederschlag (Hadler, 2005).

Das Medianeinkommen von Arbeiterinnen war zuletzt 2006 mit 1.325 EUR deutlich geringer als das von weiblichen Angestellten mit 1.875 EUR. Allerdings sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Medianeinkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern (38,2%) etwas geringer als jene zwischen weiblichen und männlichen Angestellten (41,5%). Während seit 2000 die Einkommensunterschiede zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern weitgehend unverändert blieben, fallen die Gehäl-

ter der weiblichen Angestellten seit 2004 wieder hinter jenen ihren männlichen Kollegen zurück.

Die Ursachen für die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind vielfältig. Eine der Hauptursachen besteht in der unterschiedlichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die sich durch eine geringere Wochenarbeitszeit von Frauen auch in deren Einkommen niederschlägt. Die überwiegende Mehrheit der Männer, aber nur knappe 60% der Frauen, sind vollzeitbe-

### Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer									
	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Obergrenze des 1. Quartils										
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,6	60,5	60,1	60,1	60,4	60,6
Arbeiter	57,7	60,6	58,2	54,0	53,8	53,4	53,4	53,6	53,6	54,0
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	58,4	58,1	57,1	56,9	56,8	56,5
Median										
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	67,2	67,2	67,3	67,1	67,1
Arbeitszeitstandardisiert <sup>1</sup>	71,2	76,5	80,6	81,2	81,5	82,2	81,9	85,7	86,2	87,1
Arbeiter	61,5	64,5	64,5	61,9	61,7	61,5	61,7	61,8	61,5	61,8
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	59,8	59,5	59,5	59,2	58,9	58,5
Obergrenze des 3. Quartils										
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,1	69,1	69,5	69,3	69,3	69,1
Arbeiter	62,3	65,3	65,9	64,7	64,9	65,1	65,4	65,4	65,1	65,3
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	62,0	62,3	62,3	61,9	61,0	60,8

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch, Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen.

1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

2) Revidierte Daten der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit aus dem Mikrozensus, Bruch.

schäftigt. Die Teilzeitquote von Frauen ist in den letzten zehn Jahren stark angestiegen und liegt mittlerweile im Jahr 2006 bei 40,2% (26,8%, 1995), jene der Männer bei 6,5% (Europäische Kommission, 2007). Dagegen wird unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit von Kindern und sonstigen Pflegebedürftigen überwiegend von Frauen und nur zu rund 20% von Männern verrichtet. Diese längeren erziehungsbedingten Berufsunterbrechungen von Frauen bieten häufig geringere Qualifikations- und Aufstiegchancen und bilden neben der kürzeren Arbeitszeit eine zusätzliche wichtige Ursache für den Einkommensrückstand der Frauen (Lutz, 2003).

Wird auf Basis der Daten des Mikrozensus die Arbeitszeit berücksichtigt, so haben sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern von 1980 bis 2003 um ca. 11 Prozentpunkte von rund 29% auf rund 18% verringert. 2004 wurde das Konzept der Arbeitszeiterfassung verändert, danach

ergibt sich seither eine weitere Angleichung auf zuletzt rund 13%. Diese Arbeitszeitdaten beruhen auf Umfragen und sind daher relativ unsicher.

Ein zuverlässigeres Bild dürfte die jüngst von Statistik Austria veröffentlichte Verdienststrukturerhebung 2006 liefern: Danach fallen die Bruttostundenverdienste der Vollzeitbeschäftigten Frauen beim Medianeinkommen 19% und im Durchschnitt 22% hinter die Stundenlöhne der Männer zurück<sup>38</sup>.

Eine weitere wichtige Ursache für die geringen Fraueneinkommen bilden die branchenspezifischen Einkommensunterschiede. Frauen sind in weniger kapitalintensiven Wirtschaftszweigen mit niedrigeren Löhnen, wie der Bekleidungsindustrie, dem Handel und Betreuungsdienstleistungen, viel stärker vertreten als Männer. Zwei Drittel aller unselbständig beschäftigten Frauen, aber nur gut 40% der Männer, arbeiten in Branchen, deren Einkommen unter dem Medianwert liegt. Wäre die Ge-

38. Die Öffentliche Verwaltung, die Landesverteidigung und die Sozialversicherung, die geringere Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern ausweisen, sind nicht einbezogen.

samtbeschäftigung der Frauen so über die Wirtschaftsklassen verteilt wie jene der Männer, so wären die Einkommensunterschiede um fast ein Zehntel geringer<sup>39</sup>.

Insgesamt dürften neueren Arbeiten zufolge (Geisberger, 2007) für die Unterschiede in den Bruttostundenverdiensten (ohne Überstunden) zwischen Männern und Frauen die Dauer der Unter-

nehmenszugehörigkeit und die Branchenzugehörigkeit die größte Bedeutung haben. Der Einfluss der Berufsgruppe, der Ausbildung und des Alters ist danach weniger stark. Etwa 15% der geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Stundenverdiensten lassen sich aber nicht durch die berufs- und branchenspezifische Segregation oder individuelle Merkmale erklären.

### Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede nach Wirtschaftszweigen

	Einkommen der Frauen					
	In % des Einkommens der Männer					
	unbereinigt			bereinigt <sup>1</sup>		
	1996	2001	2006	1996	2001	2006
Land- und Fortwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	73,5	74,9	75,0	80,6	88,3	89,2
Bergbau, Steine, Erden	69,9	69,9	71,0	60,6	95,3	79,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	62,2	62,1	62,0	71,7	73,3	76,8
Textilien, Textilwaren, Bekleidung	63,4	64,4	63,5	67,8	71,9	70,8
Ledererzeugung, Herstellung von Schuhen	76,5	76,4	78,1	82,7	85,1	94,9
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)	75,6	74,4	74,1	84,6	82,7	96,0
Papierherzeugung, Verlag, Druck, Vervielfältigung	63,5	64,8	65,9	68,4	73,5	78,5
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt-, Brutstoffe	82,6	84,0	82,4	86,5	82,8	80,6
Chemikalien, chemische Erzeugnisse	68,0	71,7	73,2	74,2	78,0	85,6
Gummi- und Kunststoffwaren	70,8	69,7	72,3	74,9	79,4	86,8
Stein- und Glaswaren	72,4	71,3	74,0	84,8	82,0	94,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	71,7	70,0	70,0	80,4	75,9	87,9
Maschinenbau	71,7	68,9	68,6	79,4	78,3	82,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungs-, Elektrogeräte	66,4	66,2	64,3	74,8	71,7	76,6
Fahrzeugbau	74,7	73,5	75,0	82,2	74,5	86,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Recycling	78,5	77,4	77,8	89,8	95,8	104,6
Energie- und Wasserversorgung	64,1	61,3	61,5	71,3	70,6	76,7
Bauwesen	71,7	68,4	70,0	85,3	90,0	94,5
Handel, Reparatur	65,4	63,0	62,3	78,9	80,6	83,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	84,4	83,2	83,3	95,4	101,6	99,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	80,0	80,4	80,7	96,8	95,7	99,8
Kredit- und Versicherungswesen	66,6	63,7	63,0	79,0	79,6	82,6
Realitäten, unternehmensnahe Dienstleistungen	66,1	68,2	71,1	79,1	89,2	98,8
Öff. Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	83,2	81,5	79,4	96,8	98,6	104,8
Unterrichtswesen	73,8	79,9	78,8	84,6	91,3	96,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	71,7	70,2	69,5	84,7	85,5	91,4
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	68,3	66,0	67,6	83,2	83,0	88,4
Private Haushalte	87,3	86,5	75,3	115,4	68,5	108,8
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	88,4	85,0	96,2	90,5	89,6	101,4
Gesamt	68,3	67,1	67,1	79,3	81,5	87,1

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen.

1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit laut Mikrozensus.

39. Annahme: alle Beschäftigten würden das Durchschnittseinkommen aller Beschäftigten der Branche verdienen.

### 17.3. Die Entwicklung der sekundären Verteilung

Die sich am Markt ergebende Verteilung der Brutto- oder Primäreinkommen wird auch durch die Aktivitäten der öffentlichen Hand sowohl über das Steuer- und Abgabensystem als auch über die Staatsausgaben beeinflusst. Obwohl in Österreich durch die große Bedeutung der regressiv wirkenden Sozialversicherungsbeiträge und indirekten Steuern vom Abgabensystem insgesamt kaum umverteilende Wirkungen ausgehen, wirkt die Einkommensteuer deutlich progressiv.

#### 17.3.1. Lohnsteuer dämpft das Aufgehen der Einkommensschere

Die Zunahme der Ungleichheit in den Markteinkommen wird durch die Einkommensbesteuerung merklich abgeschwächt. Trotz der regressiven Wirkung der Sozialabgaben, die durch die Höchstbeitragsgrundlage hohe Einkommen über 3.930 EUR (2008) relativ geringer belasten, ist die Verteilung der Nettoeinkommen – also der Markteinkommen nach Steuern und Sozialversicherungsabgaben – egalitärer als die der Bruttoeinkommen. Der Ginikoeffizient der Nettoeinkommen ist um rund 9% niedriger als jener der Bruttoverteilung. Der Anteil des un-

tersten Fünftels der Lohnsteuerpflichtigen am Gesamteinkommen erhöht sich von 2,2% vor Abzug der Lohnsteuer auf 2,8% danach. Das oberste Fünftel verliert dagegen durch die Lohnbesteuerung 3,5 Prozentpunkte, sein Anteil verringert sich von 46,7% auf 43,2%.

Die schwache Einkommensentwicklung der Unselbständigen nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (siehe Tabelle: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte, oben), die durch die starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung verzerrt ist, bestätigt sich auch in den Daten der Lohnsteuerstatistik. Unter Berücksichtigung des Preisauftriebs erreichten die Unselbständigen kaum einen Kaufkraftzuwachs: ihre Nettorealeinkommen pro Kopf lagen 2006 nur um 0,8% über dem Niveau von 1995. Im gleichen Zeitraum ist das BIP je Erwerbstätigen real um gut 20% gestiegen. Die Ursachen für die sehr ungünstige Entwicklung der Lohneinkommen liegen im Anstieg der Arbeitslosigkeit, der mäßige Lohnerhöhungen nach sich zog, und in der Arbeitsmarktflexibilisierung, die eine Ausweitung der Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse und Teilzeitjobs bewirkte sowie in der Zunahme der Lohnsteuer.

#### Verteilung der Brutto- und Nettoeinkommen Arbeitnehmer insgesamt

	Verteilung der Bruttoeinkommen		Verteilung der Nettoeinkommen		Bruttoeinkommen	Nettoeinkommen	Bruttoeinkommen	Nettoeinkommen
	1995	2006	1995	2006				
	Anteile in %		Anteile in %		Veränderung in %		Veränderung in %	
1. Quintil	2,9	2,2	3,4	2,8	-6,1	-3,5	-20,4	-17,0
2. Quintil	10,9	9,5	12,1	11,0	5,9	5,8	-10,3	-8,9
3. Quintil	17,7	17,1	18,2	18,5	17,6	18,4	-0,4	1,9
4. Quintil	24,1	24,5	24,2	24,6	23,8	18,5	4,9	2,0
5. Quintil	44,4	46,7	42,1	43,2	28,3	19,7	8,7	3,0
Oberste 5%	17,7	19,0	16,7	17,0	30,6	18,7	10,7	2,1
Oberste 1%	5,9	6,7	4,0	5,9	37,7	22,8	16,7	5,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	21,9	17,2	3,3	0,8

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.– 1) Referenzjahr 2000, auf Basis von Vorjahrespreisen.

Die schwache Einkommensentwicklung betraf die niedrigen Einkommen viel stärker als die hohen. In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung sanken die Nettorealeinkommen je Beschäftigten. Laut Lohnsteuerstatistik 2006 verlor das 1. Fünftel der Verteilung 17% gegenüber 1995, das 2. Fünftel verlor 9%. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Hilfskräfte oder geringqualifizierte Lohnbezieher bei gleicher Arbeitszeit kaufkraftbereinigt netto um

so viel weniger verdienen würden als 1995. Der Rückgang geht vor allem auf die starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und der Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse zurück. Nur die mittleren und oberen Einkommen verzeichneten in dieser Periode leichte Kaufkraftsteigerungen. Im Segment der obersten 5% der unselbständigen Einkommen lag der Durchschnitt im Jahr 2006 laut Lohnsteuerstatistik einschließlich Sonderzah-

## Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen

	1983	1991	1997	1999	2002	2003	2004	2005
	<b>Relative Interquartilsabstände<sup>1</sup> in %</b>							
Nettohaushaltseinkommen	Mikrozensus				EU-SILC			
Arbeiter	77	88	92	95	83	91	87	87
Angestellte	86	113	115	113	107	116	91	110
Öffentlich Bedienstete	76	94	100	87	99	85	84	91
Unselbständige gesamt	84	100	104	103	96	102	91	98
Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)								
Arbeiter	76	79	67	69	61	55	61	60
Angestellte	76	80	76	72	82	67	65	63
Öffentlich Bedienstete	76	79	65	64	76	54	58	58
Unselbständige gesamt	82	83	73	72	75	63	66	67

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme, und EU-SILC: 2003-2006 (Einkommensangabe des Vorjahres); WIFO-eigene Berechnungen.

1) Interquartilsabstand: Differenz Obergrenze 3. Quartil/Obergrenze 1. Quartil

lungen brutto bei 8.151 EUR pro Monat. Die Netto-realeinkommen haben in dieser Gruppe seit 1995 um 2,1% zugelegt. Mehr als doppelt so stark nahmen mit +5,7% die Nettoeinkommen der obersten 1% der Einkommensverteilung zu, sie bezogen 2006 ein Bruttomonatseinkommen von monatlich 14.333 EUR.

### 17.3.2. Sozialstaat reduziert Ungleichheit der Nettohaushaltseinkommen

Während vom Abgabensystem insgesamt in Österreich keine nennenswerten umverteilenden Wirkungen ausgehen, kommen die Staatsausgaben gemessen am Einkommen den unteren sozialen Schichten in deutlich höherem Maß zugute als den oberen Einkommensgruppen (Guger, 1996). Insbesondere die Sozialausgaben fließen zu mehr als der Hälfte in das untere Einkommensdrittel.

Am stärksten verteilen die Sozialhilfe, die Ausgleichszulage, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe zu den Haushalten mit den niedrigsten Einkommen um. Sie reduzieren die Armutsgefährdung sehr stark, reichen aber nicht, um sie zu verhindern bzw. um sie auf das niedrige Niveau der skandinavischen Länder zu drücken, deren Wohlstandsniveau im Durchschnitt – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – unter dem österreichischen liegt. Ein großer Teil der Familienleistungen fließt auch in mittlere und höhere Einkommensgruppen, in Relation zum Einkommen kommt aber auch der Familienförderung in den unteren Einkommenssegmenten die größte Bedeutung zu. Generell kommt in Österreich ein höherer Anteil an Sozialtransfers auch den oberen Einkommensschichten zugute als in den meisten übrigen europäischen Staaten (Immervoll et al., 2007).

Trotzdem sind insgesamt die positiven Einflüsse des Wohlfahrtsstaates auf die Einkommensverteilung sehr deutlich: Das Ausmaß der Einkommensungleichheit wird um ca. ein Drittel reduziert.

Anspruch und Höhe von Sozialleistungen ergeben sich vielfach aus dem Familien- bzw. Haushaltszusammenhang. Die Umverteilungswirkung der öffentlichen Hand kann daher nur anhand der Haushaltseinkommen beurteilt werden. Bis Ende der neunziger Jahre wurden in Österreich Haushaltseinkommen nur im Mikrozensus erfasst, seither zuerst im ECHP (Europäisches Haushaltspanel) und seit 2002 im Rahmen des EU-SILC (European Survey on Income and Living Conditions). Die Vergleichbarkeit über die Zeit stellt in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar: Zum einen wurde im Mikrozensus über die Jahre das Erhebungskonzept verändert und zum anderen muss für dieses Jahrzehnt eine andere Quelle verwendet werden. Um mehrere Bruchstellen zu vermeiden, werden für 2002 bis 2005 EU-SILC Daten verwendet. In Anlehnung an die Mikrozensus-Erhebung werden keine Selbständigeneinkünfte einbezogen.

Auf Basis der Nettohaushaltseinkommen erhöhte sich die Ungleichheit in den achtziger Jahren. In den neunziger Jahren nahm sie für die unselbständig Beschäftigten insgesamt kaum mehr zu. In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts waren die Schwankungen von Jahr zu Jahr relativ groß.

Bereinigt um die Haushaltsgröße und die Haushaltszusammensetzung zeigen die gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) eine merkliche Verringerung der Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre bis 2003. Während sich innerhalb der Angestelltenhaushalte die Ungleichheit in der Verteilung der

Äquivalenzeinkommen seit Beginn der neunziger Jahre durchgehend verringerte, vergrößerte sich die Streuung der gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der Arbeiter- und Beamtenhaushalte. Insgesamt über alle Haushalte der Unselbständigen verringerte sich der Abstand zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils laut Mikrozensus von 83% (1991) auf 72% (1999) und in diesem Jahrzehnt nach EU-SILC von 75% im Jahr 2002 auf 67% im Jahr 2005 (siehe Tabelle vorige Seite). Die Haushaltsstruktur hat demnach – etwa durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl der Beschäftigten pro Haushalt in den unteren Einkommensschichten – einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung, und die Sozialtransfers leisten einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Die Analyse der Nettohaushaltseinkommen auf Basis der SILC-Daten zeigt, dass in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts die Verteilung sowohl für alle Personen als auch ohne Selbständige gleicher wurde: Für die Bevölkerung insgesamt ist der Gini-Koeffizient von 0,336 im Jahr 2002 auf 0,326 im Jahr 2005 gesunken.

Auch unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zeigen die Netto-Äquivalenzeinkommen eine leichte Abnahme der Ungleichheit an: der Einkommensanteil des ersten Quintils nahm etwas zu, während das oberste Dezil seit 2002 gut einen Prozentpunkt verlor (siehe Tabelle: „Entwicklung Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen“, unten).

Die Umverteilungswirkung des Sozialstaates geht allerdings weit über die monetären Transferleistungen hinaus. Für die konkrete soziale Lage der unteren Einkommensgruppen ist die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen viel wichtiger als Geldtransfers. Das gilt vor allem für das öffentliche Gesundheits- und Bildungswesen: Das untere Einkommensdrittel bezieht etwa doppelt so viele Gesundheitsleistungen wie es an Beiträgen einzahlt. Eine private Krankenversicherung würde die unteren Einkommensschichten stark belasten. Ähnlich das öffentliche Bildungssystem: Es kommt zwar allen sozialen Schichten zugute, für die sozial Benachteiligten bedeutet der kostenlose Schulbesuch jedoch eine enorme finanzielle Entlastung und für viele Kinder die Chance auf eine massive Verbesserung der künftigen sozialen Situation (Marterbauer, 2007).

### Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen

Nettohaushaltseinkommen	2002	2003	2004	2005
	Ginikoeffizient			
Alle Personen	0,336	0,331	0,327	0,326
Ohne Selbständige	0,279	0,271	0,272	0,272
Netto-Äquivalenzeinkommen	Einkommensanteile in %			
Ohne Selbständige				
1. Quintil	10,0	10,6	10,4	10,3
2. Quintil	14,6	15,1	15,1	15,1
3. Quintil	18,1	18,4	18,5	18,4
4. Quintil	22,6	22,3	22,5	22,6
5. Quintil	34,7	33,7	33,6	33,5
Gesamt	100	100	100	100

Quelle: Statistik Austria: EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

**Literatur:**

- Acemoglu, D., "Technical Change, Inequality, and the Labor Market", *Journal of Economic Literature*, 2002, XL(1), S. 7-72.
- Breuss, F., Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution, WIFO-Working Papers, 296, Juni 2007.
- Chaloupek, G., Russinger, R., Zuckerstätter, J., Strukturveränderungen und funktionale Einkommensverteilung in Österreich, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 34(1), 2008.
- Europäische Kommission, *Employment in Europe, Report*, 2007, [http://ec.europa.eu/employment\\_social/employment\\_analysis/eie/eie2007\\_key\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/employment_analysis/eie/eie2007_key_en.pdf).
- Geisberger, T., Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede, *Statistische Nachrichten* 7/2007.
- Guger, A., Marterbauer, M., Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich — eine Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen, WIFO-Working Papers 307, November 2007.
- Guger, A., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO-Monatsberichte, 10/1996.
- Hadler, M., Determinanten des Individualeinkommens abhängiger Erwerbstätiger in Österreich. Ein Vergleich von 1986, 1993 und 2004, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Nr 1, 2005, S 81ff.
- Immervoll, H., Kleven, H.J., Kriener, C.T., Saez, E., Welfare reform in European Countries: A Microsimulation Analysis, *The Economic Journal*, Vol. 117 (516), January 2007.
- Lehner, G., Die Steuerreform 1988, Wifo Monatsberichte 11/1988.
- Lutz, H., Verdienstentfall von Frauen mit Kindern, WIFO-Monatsberichte, 10/2003.
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, WIFO-Monatsberichte, Nr 2, 2003, S 151ff.
- Ochsen, C., Welsch, H., "Technology, Trade and Income Distribution in West Germany: A Factor-Share Analysis, 1976-1994", *Journal of Applied Economics*, 2005, 8(2), S. 321-345.